
FDP Hanau

HANAUER FDP WIRBT FÜR EINE ENERGIEWENDE MIT AUGENMASS.

26.03.2018

Alternative Bereitstellung von Fernwärme führt zu mehr Emissionen und deutlich höheren Kosten zu Lasten der Bürger.

Das ARD Magazin plusminus hat in der Sendung am 7. März das Dilemma einer durch Ideologie motivierten Energiepolitik aufgezeigt. Der HA hatte dazu in der heutigen Ausgabe berichtet. Die FDP Hanau bezieht zu diesem Thema Stellung: plusminus führt aus, die zeitweise Abschaltung des Blocks 5 des Staudinger Kraftwerks in Großkrotzenburg führe zu Problemen bei der Versorgung der umliegenden Kommunen mit Fernwärme. Die sogenannte Sektorkopplung, also die Nutzung der bei der Stromerzeugung anfallenden Wärme zur Versorgung der umliegenden Gemeinden mit Fernwärme gelte als umweltfreundlich. Die Fernwärme, die zum Heizen und zur Warmwasserversorgung genutzt wird, sei als Nebenprodukt der Stromproduktion besonders günstig.

Die FDP Hanau erklärt dazu:

Für die Stadtwerke Hanau bietet die Vermarktung der Fernwärme im Gegensatz zum Strommarkt großes Ertragspotenzial. Der Wegfall der Fernwärme aus dem Staudinger Kraftwerk bedeutet, dass die Stadtwerke die Bereitstellung der Fernwärme anderweitig organisieren müssen – konkret durch die Erzeugung von Fernwärme durch eigene Blockheizkraftwerke. Die dafür einsetzbaren Notkraftwerke sind laut Stadtwerke Geschäftsführer Steffen Maiwald nur für einen stunden- oder tageweisen Ersatzbetrieb geeignet. Langfristig müsse daher in separate Kraftwerke investiert werden. Da diese jedoch im Gegensatz zur Kraftwärme-Kopplungsanlage von Staudinger nur Fernwärme und keinen Strom produzieren, beziffert Maiwald im plusminus Interview die Mehremissionen im Bereich von 60 Prozent. Zudem würden die Kosten durch die reine Wärme-Erzeugung deutlich zu Lasten der Kunden steigen.

Henrik Statz, neuer Vorsitzender der FDP Hanau, sieht die Idee der Energiewende konterkariert: „Immer mehr Kohlekraftwerke werden abgeschaltet. Dass ohne nachhaltig durchdachte Alternativen auch Nachteile entstehen und dass am Ende die Bürger die Mehrkosten tragen müssen, wurde offensichtlich außer Acht gelassen.“ Denn selbst wenn die Bundesnetzagentur das Staudinger Kraftwerk in Großkrotzenburg als systemrelevante Netzreserve einstufen würde, was einen Fortbetrieb des Kraftwerks sichern könnte, würden die Mehrkosten der Kraftwerksbetreiber für die Bereitstellung über das Netzentgelt an die Fernwärmekunden weitergegeben, so Statz.

Die einzigen Profiteure dabei seien die Kraftwerksbetreiber, die die unrentable Stromerzeugung durch Steinkohle vergoldet bekämen. Niemand könne heute sagen, wie die Energieversorgung in 50 Jahren aussehen würde. "Sicher muss unsere Energie sauberer werden. Dauersubventionssysteme, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) behindern aber die Durchsetzung neuer Ideen und müssen deshalb abgeschafft werden.", fordert der FDP-Vorsitzende. "Auch für die erneuerbaren Energieträger müssen die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten - nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle

lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen."

Kolja Saß, Fraktionsvorsitzender der FDP Kreistagsfraktion im Main-Kinzig-Kreis, ergänzt die Forderung von Statz nach einer Verlängerung der Übergangszeiten bis zur Abschaltung von Staudinger: „Bei einer Abschaltung von Staudinger sehe ich die Netzstabilität an unserem wichtigen Wirtschaftsstandort gefährdet."